

Pressemitteilung

"Keine Trendwende: Wirtschaftsbau und Straßenbau deutlich im Minus" Hessische Bauindustrie zur Baukonjunktur am Jahresanfang 2026

Wiesbaden, 30.03.2026

Auch im Internet abrufbar: www.bauindustrie-mitte.de

"Von einem Ende der Baurezession kann keine Rede sein", kommentiert Dr. Burkhard Siebert, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Hessen-Thüringen e.V. (BIV), die ersten Konjunkturindikatoren 2026 in Hessen: "Im Januar 2026 setzt sich der ungute Trend fort, und daran ist nicht das Wetter schuld. Die Betriebe des hessischen Bauhauptgewerbes haben im ersten Monat des Jahres einen baugewerblichen nominalen Umsatz in Höhe von 283 Mio. Euro erzielt. Das waren 4,5 Prozent weniger als im Vorjahresmonat, und um die Steigerungen der Preise und Kosten bereinigt, bedeutet das ein noch größeres reales Minus." Mit einem Volumen in Höhe von 408,5 Mio. Euro lagen lt. Statistischem Landesamt die Auftragseingänge im Januar 2026 23,8 Prozent unter dem Januar 2025. Das Auftragsminus ist besonders drastisch im Wirtschaftsbau (minus 43,2 Prozent) und im öffentlichen Straßenbau (minus 35,9 Prozent im Vergleich mit dem Vorjahr). „Das Sondervermögen Infrastruktur des Bundes ist im Straßenbau nicht angekommen. Die zusätzlich vom Bund aufgenommenen Schulden sollten für zusätzliche Investitionen eingesetzt werden, die das Wirtschaftswachstum langfristig stützen. Wir hoffen jetzt auf die zügige Umsetzung des hessischen Infrastrukturförderungsgesetz und also auf konkrete Projekte." Zur Verfügung stehen in Hessen 7,4 Milliarden Euro Bundesmittel. Nach Abzug von 950 Millionen Euro für die Krankenhaus-Transformation gehen 63 Prozent (4,7 Milliarden Euro) an

die hessischen Kommunen. Die Mittel werden in zwei Tranchen verteilt: zunächst 3 Milliarden Euro, voraussichtlich 2029 weitere 1,7 Milliarden Euro. Der Wohnungsbau ist in Hessen im Januar 2026 im Orderplus: 16,1 Prozent im Vergleich zum - allerdings sehr bauschwachen - Jahr 2025. Es wurden im ersten Monat dieses Jahres 4,4 Prozent mehr Baugenehmigungen für Wohngebäude und 13,6 Prozent mehr für Wohnungen insgesamt erteilt als im Januar 2025. Burkhard Siebert: "Hier hat die Landesregierung die Grundlagen zur Beschleunigung des gelegt. Nach der Reform der Hessischen Bauordnung konzentriert sich ein Eckpunktepapier auf die technischen Vorschriften, die den Wohnungsbau unnötig verteuern oder verzögern." In Großstädten kostet der Quadratmeter neugebauter Wohnfläche im Schnitt 4.600 Euro, inklusive Grundstückskosten sogar 5.400 Euro. Das bedeutet im Minimum 18 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter. "Der Wohnungsbau ist zu teuer! Und wir benötigen spürbares Tempo bei Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die Landesregierung sollte zudem prüfen, wie die Programme *Hessen-Darlehen Neubau* und *Hessen-Darlehen Bestandserwerb* ausgebaut werden können."